

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten Monaten haben wir uns in den Ausschüssen und dem Rat intensiv mit der Haushaltssituation der Stadt Jülich beschäftigt. Wie bei vielen anderen Städten und Gemeinden in NRW ist auch die Situation unserer Stadt als alles andere als rosig zu bezeichnen.

Eine seit etlichen Jahren betriebene Politik der systematischen Umverteilung in der Bundesrepublik hat zu drastischen Veränderungen in unserer Gesellschaft geführt. Nicht nur die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, sondern auch vielen Städten und Gemeinden steht das Wasser bis zum sprichwörtlichen Hals.

Verantwortungsvolles wirtschaftliches Handeln setzt die Notwendigkeit voraus, dass zwischen Einnahme und Ausgabe ein Gleichgewicht erzielt wird. Dabei ist es erforderlich, die tatsächlichen Einnahmen auch zu kennen.

Im kommunalen Gemeinwesen kennen wir aber sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite nur annähernd. Die Hauptursache liegt darin begründet, dass bei den Ausgaben Leistungen, zum Beispiel die Aufwendungen für Soziales, verursacht durch die zum Teil unberechenbare Politik von Bund und Land sowie die wirtschaftliche Entwicklung und deren Risiken, nicht mehr realistisch planbar sind.

Und die Einnahmeseite kann nicht mit Sicherheit geplant werden, weil Bund und Land die Erstattungsleistungen nicht mehr an den tatsächlichen Ausgaben ausrichten sondern die eigene Finanzsituation dafür zu Grunde legen.

Das hat in der Konsequenz dazu geführt, dass immer mehr Städte und Gemeinden finanziell ausbluten. Man braucht nicht eine ideologische Brille aufzusetzen, um festzustellen, dass die drastische Situation, in die immer mehr Kommunen gestürzt werden, System hat: Hier soll die Basis dafür geschaffen werden, dass alle möglichen Aufgabenbereiche (die eigentlich Sache der Kommunen sind) privatisiert werden können.

Es ist nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, die uns in diesen Rat gewählt haben und deren Interessen wir hier vertreten, dass die öffentliche Daseinsfürsorge künftig privatwirtschaftlich getragen- und damit den Gesetzen des Marktes, der Gewinnoptimierung und der Nachfrageorientierung bei der Preisgestaltung unterworfen wird. Es gibt inzwischen genügend Beispiele aus anderen Städten und Gemeinden dafür, dass ein solcher Weg zu einer eindeutigen Verschlechterung des Angebotes an Daseinsfürsorge geführt hat. Dort, wo noch die wirtschaftliche Möglichkeit besteht, wird deshalb oft eine Rekommunalisierung angestrebt. Darum wird DIE LINKE Privatisierungsplänen, auch PPP- Projekten, nicht zustimmen. Public Private Partnership beinhaltet aus unserer Sicht nur eine Verschiebung der gesamten Problematik an künftige Generationen, während die Selbstbestimmung der Kommunen weiter geschwächt wird.

In Jülich haben wir aber, der lokalen Gegebenheit geschuldet, die Situation der privaten Trägerschaft des Krankenhauses abweichend von den Leitlinien der Partei DIE LINKE anders bewertet. Unter Berücksichtigung der Geschichte des Krankenhauses ist Übernahme der Trägerschaft durch die CTW hier die vernünftigste Lösung, sowohl im Interesse der Patientinnen und Patienten als auch der dort Beschäftigten und wird deshalb von uns unterstützt. Dabei möchte ich aber auch betonen, dass für uns der Grundsatz „Gesundheit ist keine Ware“ nach wie vor Priorität besitzt.

Der Spielraum, der der Stadt bei der Erstellung des vorliegenden Haushaltes geblieben war, ist äußerst gering gewesen. Um so erfreulicher ist es aus der Sicht der Jülicher LINKEN, dass – auch gegen den bundesweiten Trend - in Jülich nicht vorrangig auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger gespart wurde, die durch die wirtschaftlichen Fehlentwicklung der letzten 20 Jahre bereits mehr oder weniger an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt wurden. Besonders hervorheben möchte ich die parteiübergreifend einhellig vertretene Position, dass bei den Sozialtarifen für talentierte Kinder und Jugendliche bei der Musikschule nicht der gnadenlose Rotstift angesetzt werden durfte.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

Ich möchte noch einmal auf die Ursachen für die Finanznot vieler Städte und Gemeinden zurück kommen. Während die Regierungen in den letzten Jahren in Berlin und Düsseldorf unter anderem für drastische Steuerentlastungen für Vermögen verantwortlich sind und gleichzeitig den Kommunen immer mehr die Kosten für eine völlig verfehlte Sozialpolitik aufbürden, hat die freie Wirtschaft systematisch die Lohnentwicklung von der Steigerung der Arbeitsproduktivität abgekoppelt. Damit wurde in Verbindung mit der Schwächung des Binnenmarktes auf Kosten der Exportwirtschaft nicht nur die Kaufkraft massiv heruntergefahren sondern auch die Einnahme aus der Lohn- und Einkommensteuer abgesenkt. Nachdem die Schwarz gelbe Landesregierung in der vergangenen Legislatur auch noch das Kriterium der Tariftreue außer Kraft setzte, hat auch die Öffentliche Hand in NRW ihren Beitrag zum Einkommens- und damit auch Kaufkraftrückgang geleistet. Um der auf Kosten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Gang gesetzten Unterbietungsspirale zumindest bei Öffentlichen Aufträgen in unserer Stadt Einhalt zu gebieten, haben wir einen Antrag auf Einführung von Tariftreue als Vergabekriterium für die Stadt Jülich gestellt.

Während die unseligen Hartz Gesetze den Kommunen immer höhere Kosten aufbürden, stehen sich Bund und Land systematisch weiter aus ihrer Verantwortung, für die von Ihnen verursachte soziale Fehlentwicklung aufzukommen. Deshalb haben wir beantragt, dass der Rat den Bund auffordern soll, sich auch künftig angemessen an den Kosten für Heizung und Unterkunft bei ALG II- BezieherInnen zu beteiligen. Die daraus resultierende und einstimmig gefasste Resolution des Jülicher Stadtrates bestätigt eindrucksvoll, dass alle im Rat vertretenen Parteien diese Problematik erkannt haben und nicht gut heißen.

Es sind auch in unserer Region Forderungen laut geworden, die Kommunen sollten bei Ihren freiwilligen Leistungen drastisch sparen, dort sei genug Potential vorhanden und es sei unverantwortlich, den kommenden Generationen immer höhere Schulden aufzubürden. Letzteres kann ich voll und ganz unterstreichen, aber gerade Einsparungen bei freiwilligen Leistungen im sozialen Bereich führen zwangsläufig entweder zu noch höheren Folgekosten oder zur Forcierung der Spaltung unserer Gesellschaft auch in Jülich. Es waren gerade die Parteien, die in unserem Rat, von der Jül natürlich abgesehen, als Fraktionen vertreten sind, die in Berlin und Düsseldorf in den vergangenen Jahren diese Politik der Verarmung der Kommunen systematisch vorangetrieben haben. Davon, dass auch diese Parteien an ihrer Basis in vielen Punkten der gesetzgebenden Politik als verantwortungsvolle Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker abweichen, gehe ich aus. Deshalb appelliere ich an Sie, sehr geehrte Damen und Herren der anderen Fraktionen, nutzen sie Ihre demokratischen innerparteilichen Möglichkeiten, um ein Umsteuern zu Gunsten der Finanzkraft der Kommunen anzuregen bzw. zu erreichen.

Obwohl es über die Bewertung der Situation der Stadt sicher keine Differenzen gibt, hat die Mehrheit des Rates den kostspieligen Neubau der katholischen Grundschule beschlossen. Einerseits muss die Stadt eine hohe Verschuldung in Kauf nehmen, andererseits werden Prestigeobjekte wie die KGS oder das Schwimmbad mehr oder weniger durchgepeitscht. Nun sind für die KGS auch Konjunkturmittel eingerechnet worden. Kritikwürdig erscheint mir dabei auf jeden Fall, dass diese Mittel auch anderweitig hätten verplant werden können. Das Prestigeobjekt des Landrates, das Schwimmleistungszentrum, lehnen wir vor allem deshalb ab, weil eine PPP betriebene Schwimmhalle aus unserer Sicht die Möglichkeiten der Stadt, auf den Betrieb des Bades Einfluss zu nehmen, deutlich einschränken wird. Stattdessen befürchten wir, dass auch hier letztlich die Gewinnmaximierung zum entscheidenden, die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger offensichtlich benachteiligenden Kriterium wird.

Als Fazit möchte ich feststellen, dass die jetzige Politik von Bund und Land den Städten und Gemeinden die Möglichkeiten zur Eigenverantwortung und Selbstbestimmung immer weiter beschneidet. Dort, wo die Menschen leben, dort wo sich Politik unmittelbar in den unterschiedlichsten Bedürfnissen und Notwendigkeiten auswirkt, dort bleibt den Menschen durch das Übel der Verschuldung keine wirklichen Entscheidungsmöglichkeit mehr.

Da in absehbarer Zeit wohl weder vom Bund noch vom Land eine Abkehr der jetzigen Politik gegenüber den Kommunen zu erwarten ist, müssen wir uns vorausschauend verhalten und auch auf kommunaler Ebene eine verantwortliche Sparpolitik betreiben. Ausgenommen bleiben für DIE LINKE aber Einsparungen in den Bereichen Soziales, Personal und Bildung.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

im Jahr 2010 hat DIE LINKE zum ersten mal in Jülich am städtischen Haushalt mitgewirkt, und ich musste erkennen, dass es gar nicht so einfach ist, die Verantwortung, die uns die Bürgerinnen und Bürger mit dem Mandat übertragen haben, auch hier verantwortungsvoll umzusetzen. Ich habe heute auch die erste LINKE Haushaltsrede in Jülich vorgetragen, was für unsere noch recht junge Partei eine große Bedeutung besitzt.

**Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Jülich dringend einen Bürgerhaushalt braucht!**

Vielen Dank.